

BP plant Gasbohrungen auf einem Pulverfass!

Was bringt das »Tangguh-Erdgasprojekt« West Papua und der betroffenen Bevölkerung?

von Hartmut Poth

Nach dem Wahlsieg Megawatis hat sich die politische Situation West-Papuas wieder zugespitzt. Trotz der angespannten politischen Lage plant der Mineralölkonzern BP ab Herbst 2002 die Erschließung eines gigantischen Erdgasfeldes in der Bintuni Bay, einer mangrovenumsäumten Bucht in der Vogelkopregion West-Papuas.

Zur aktuellen Situation

Das Verlangen nach Unabhängigkeit ist nach fast 40 Jahren Unterdrückung jeglichen Widerstandes durch indonesische Sicherheitskräfte und des Militärs, bei dem nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen weit mehr als 100 000 Papua zu Tode gekommen sind, größer denn je. Bestärkt durch den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Indonesiens Adurrahman Wahid, konnten im Oktober 1999 erste Erfolge im Bestreben nach Unabhängigkeit erzielt werden. So sollte der Name Irian Jaya durch Papua ersetzt werden, und die Morgensternflagge als Symbol des Unabhängigkeitsstrebens durfte gehisst werden. Auf einem großen Papuakongress im Juni 2000 wurde offen über die politische Zukunft West-Papuas diskutiert und eine eigene Volksvertretung, der sogenannte Papua-Rat, gewählt.

Durch die Amtsenthebung Wahids und mit der neuen Präsidentin Megawati Sukarnoputri, die für den zentralen Nationalstaat eintritt, wurden alle Zugeständnisse zurückgenommen.

Der Autor ist Biologe und Geograph, seit 1988 engagiert er sich in der Regenwaldgruppe Bochum insbesondere für den Schutz und die Erhaltung der Regenwälder Südostasiens und ist Beiratsvorsitzender des deutschen West-Papua-Netzwerkes.

Dies ging einher mit massiver polizeilicher und militärischer Gewalt, mit schweren Menschenrechtsverletzungen und zahlreichen Toten, um ganz bewusst die Bevölkerung West-Papuas einzuschüchtern und jeden weiteren Gedanken an Unabhängigkeit zu ersticken. Gerade in der letzten Zeit haben gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Papuas und indonesischen Sicherheitskräften stark zugenommen. Mehrere Morde an indonesischen Polizisten der Mobilbrigade sowie Angestellten von Holzfirmen im Subdistrikt Wasior haben zu brutalen Vergeltungsaktionen durch das indonesische Militär geführt, und bis heute dürfen keine Beobachter oder humanitären Helfer das Gebiet betreten.

In dieser äußerst angespannten politischen Situation plant der Mineralölkonzern BP ab Herbst 2002 die Erschließung eines gigantischen Erdgasfeldes in der Bintuni Bay, einer mangrovenumsäumten Bucht in der Vogelkopregion West-Papuas.

Das »Tangguh-Erdgasprojekt«

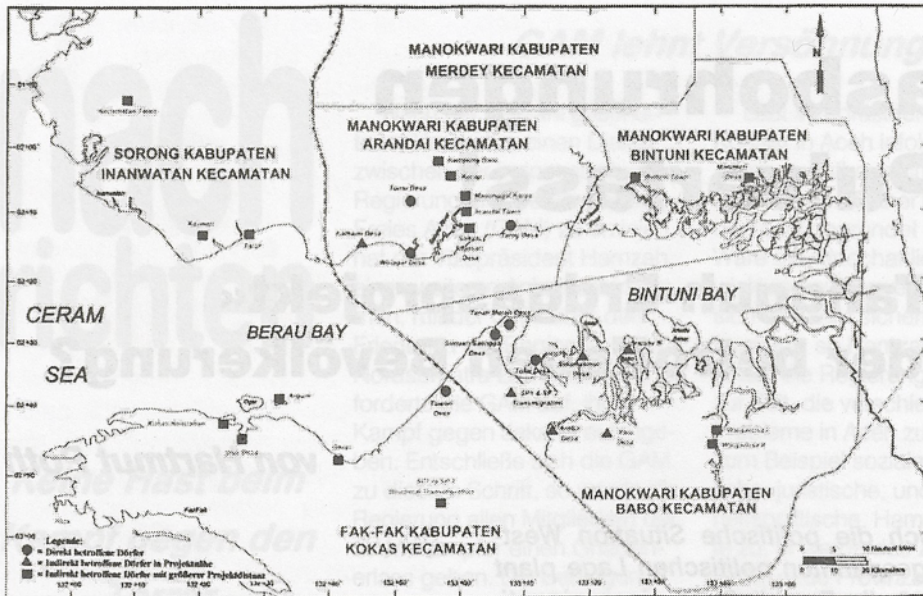
Die offizielle Bezeichnung der Abkürzung von BP lautet heute Beyond Petroleum (Mehr als Öl) und erklärt, warum BP auch im Erdgasgeschäft tätig ist. Als Betreiber des Projekts besitzt BP 40 Prozent der Anteile, wobei aber auch andere Firmen wie Mitsubishi, British Gas plc. und die

staatliche indonesische Ölgesellschaft Pertamina beteiligt sind. Die bisher prospektierten Gasfelder »Weriagar«, »Berau« und »Muturi« enthalten gesicherte Gasmengen von 14 Trillionen Kubikmetern, die im Offshore-Verfahren mit zunächst zwei Förderplattformen in der Bintuni Bay erschlossen werden sollen. Das Erdgas soll ab 2005 über eine Pipeline nach Saengga an die Südküste der Bucht geleitet werden, um dort in einer Fabrik verflüssigt zu werden. Hier ist geplant, jährlich drei Millionen Tonnen Flüssiggas zu produzieren und zum größten Teil an China zu liefern, obwohl der Vertrag noch nicht unterschrieben ist.

Für den Bau der Flüssiggasfabrik wird zunächst die Fläche von 600 Hektar beansprucht, was die Umsiedlung der Dörfer Tanah Merah, Saengga und Tofoi aus dem näheren Bereich der Produktionsstätte zur Folge hat. Auf dem Höhepunkt der Bauphase werden etwa 5000 Arbeiter dort beschäftigt sein, während in der Betriebsphase nur noch 350 Facharbeiter benötigt werden, von denen die allerwenigsten Papua sein werden, da ihr Ausbildungsstand meist nicht ausreichend ist.

Für die Zukunft gibt es Pläne zur Erweiterung des Projekts auf eine Größe von 3200 Hektar mit fünf weiteren Fabrikanlagen zur Gasverflüssigung, um die Gasförderung weiter zu erhöhen.

Insgesamt leben nach Zahlen von BP in den vier Kreisen Bintuni, Babo, Merdey, und Arandi ungefähr



Lage der vom Tangguh-Gasprojekt betroffenen Gemeinden

26 000 Bewohner, deren Dorfgemeinschaften mehr oder weniger stark durch das Projekt betroffen sein werden.

Über die Auswirkungen der Erweiterung müssen noch weitere Umweltverträglichkeitsprüfungen und Untersuchungen zu den sozialen Folgen gemacht werden, die aber das Projekt nicht wirklich behindern werden, da die Grundsatzentscheidung zur Durchführung bereits von der indonesischen Regierung getroffen wurde, ohne die weiteren Untersuchungsergebnisse abzuwarten.

Auswirkungen auf Mensch und Natur

Die Umweltauswirkungen des Erdgasprojektes schätzt BP trotz der zu erwartenden Eingriffe in das marine Ökosystem und das Mangroven- bzw. Küstenwaldökosystem im Gegensatz zu den sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Bewohner der Region als geringfügig ein.

Zwar werden die Umweltprobleme als schwierig eingeschätzt, da sicherlich große Bereiche des Mangrovenküstengürtels, der als Kinderstube für Meeresfische eine wichtige Funktion hat, durch den Bau der Fabrik- und Hafenanlagen zerstört werden. Doch die Gefährdung der hohen biologischen Vielfalt des Gebietes mit zahlreichen endemischen Tier- und Pflanzenarten durch die Eingriffe in die Küstenregenwälder wird nach Einschätzung von BP weitgehend abgeschwächt durch die

Auflage, 6400 Hektar, also die doppelte Fläche des beanspruchten Bodens an anderer Stelle des Vogelkopfes wieder aufzuforsten und andere Gebiete mit der Größe von 2600 Hektar als Schutzgebiete auszuweisen. Inwieweit BP diese Auflagen und Versprechungen wirklich einhält, bleibt abzuwarten.

Die Geschichte West-Papuas zeigt, dass es der indonesischen Regierung immer in erster Linie um die Ausbeutung von Ressourcen der rohstoffreichen Provinz ging, wodurch mit Hilfe multinationaler Konzerne reichlich Steuergelder in die Staatskasse, aber auch immense Schmiergelder in die Taschen von Politikern und Militärs flossen.

Dabei wurde bisher nie auf die Belange der Umwelt und der lokalen Bevölkerung Rücksicht genommen. Beispiele dafür sind die Vergabe von Konzessionen für die fischreichen Küstengewässer an 266 Fischereiu Unternehmen, die den Papua Fischern die Lebensgrundlage streitig machen oder die Holzeinschlagskonzessionen für 54 Unternehmen, die die letzten zusammenhängenden Regenwaldflächen Südostasiens ausbeuten.

Für die Papua bleibt oft nur die belastete oder zerstörte Umwelt und, wenn überhaupt, eine kurzfristige finanzielle Entschädigung, die aber keine wirkliche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse oder gar eine nachhaltige Entwicklung mit sich bringt.

Doch gerade dies verlangen besonders die Papua der jüngeren Generation immer stärker, denn bis-

her haben nur sehr wenige von den Geldern der in West-Papua operierenden internationalen Firmen profitiert, während weite Teile der lokalen Bevölkerung durch Bildungsrückstand, Armut und rassistische Diskriminierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.

Genau in diesem Bereich liegen die von BP sehr treffend eingeschätzten großen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die das Erdgasprojekt Tangguh zwangsläufig mit sich bringen wird.

Da ist zum einen die Konfrontation der lokalen Bevölkerung, die weitgehend in Subsistenzwirtschaft vom Fischfang und den Produkten des Regenwaldes lebt und bisher kein Telefon oder einen Computer nutzen konnte, mit der Technik des 21. Jahrhunderts. Zum anderen der gewaltige Zustrom von Arbeitssuchenden aus West-Papua und anderen Regionen Indonesiens mit erheblichen Auswirkungen auf die Dorfgemeinschaften und die Umwelt, was bisher immer mit der Verdrängung der Papua endete.

Weiterhin gilt es den erheblichen Finanzstrom, der zwischen 2010 und 2012 in die Provinz fließen wird, zu steuern, damit dieses Geld gleichmäßig und nachvollziehbar allen Bewohnern West-Papuas zugute kommt und insbesondere den Gemeinden, aus denen der Reichtum stammt. Dies ist bisher keiner Firma gelungen, da Korruption und die finanziellen Interessen der indonesischen Regierung dem widersprechen.

Das größte Problem liegt wahrscheinlich im Bereich der Sicherheit des Projekts, und auch hier hat es bisher nur äußerst negative Erfahrungen mit internationalen Firmen gegeben, die durch indonesische Sicherheitskräfte geschützt wurden.

Ein Beispiel hierfür ist das seit 1963 im südlichen Teil West-Papuas operierende US-amerikanische Bergbauunternehmen *Freeport*, welches mittlerweile die weltweit größte Gold- und Kupfermine im Zentralgebirge betreibt, und in dessen Firmengeschichte es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen mit Folterungen und Todesopfern kam.

In diesem Punkt scheint BP tatsächlich einen anderen Weg gehen zu wollen und aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren gezogen

zu haben. So hat der Konzern freiwillig eine Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte und Sicherheit unterschrieben und plant ein Sicherheitsprogramm durchzuführen, das auf der Gemeinschaft mit der lokalen Bevölkerung aufbaut. Dabei macht BP größere Anstrengungen als andere Firmen in West-Papua, die Ortsbevölkerung anzusprechen und mit ihr über die Pläne zu sprechen. Sie glauben, mit der Zustimmung der lokalen Bevölkerung und mit der Durchführung von Gemeinschaftsprogrammen zusammen mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) würde sich der Bedarf an Sicherheitsanstrengungen verringern.

Dies ist natürlich bei allen guten Absichten auf dem Papier in der dargestellten aktuellen politischen Situation West-Papuas höchst fraglich und besonders in der weiteren Umgebung des Projekts wird BP kaum Kontrolle ausüben können. Wahrscheinlich wird sich das indonesische Militär, welches sich zu einem großen Teil durch Gelder aus dem Drogen- oder Holzhandel sowie durch Firmen, die für ihre Sicherheit zahlen, finanziert, das Geschäft mit BP zur Sicherung des Tangguh-Erdgasprojektes nicht entgehen lassen. Falls BP trotzdem eine Zusammenarbeit ablehnen sollte, steht zu befürchten, dass Teile der Sicherheitskräfte gezielt Unsicherheit schüren werden, indem sie selbst Anlagen zerstören oder Aufstände provozieren, nur um so die Notwendigkeit ihrer »beschützenden Anwesenheit« zu beweisen.

So bleibt die Frage, inwieweit BP die Versprechen zur möglichst sozial- und umweltverträglichen Realisierung des Tangguh-Projektes einhält und die vollmundig verkündeten Durchführungsprinzipien einer auf Beratung, Partnerschaft, Teilhabe und Nachhaltigkeit beruhenden Gemeinschaft mit der betroffenen Bevölkerung tatsächlich umsetzt oder sich nahtlos in die lange Reihe von Negativbeispielen multinational operierender Firmen in West-Papua einreihet.

Gleichzeitig ergibt sich die Notwendigkeit, die vom Tangguh-Projekt betroffene Bevölkerung, die sich nach bisherigen Verlautbarungen der Umweltstiftung Yali grundsätzlich für die Realisierung des Projekts ausgesprochen hat, über die Auswirkungen aufzuklären und für die

weiteren Verhandlungen mit BP vorzubereiten und zu organisieren.

Aufklärung und Selbstbestimmung

Zur Zeit führt BP angeblich intensive Konsultationen mit jedem der direkt betroffenen Dörfer durch. Dazu werden Maßgaben zur ländlichen Teilhaberbewertung benutzt, um einen Prozess in Gang zu setzen, mit dem die Prioritäten, die die Dörfer im Blick auf ihre eigene Entwicklung haben, ermittelt werden soll. Da aber die Dorfgemeinschaften bisher in keiner Weise organisiert sind und von keiner unabhängigen Seite über die Ausmaße des Projekts informiert wurden, konnte sich die Bevölkerung kaum eine Meinung über das Projekt bilden und schon gar nicht BP bei den Verhandlungen mit abgestimmten Forderungen entgegenreten.

Aus diesem Grund will die Umweltstiftung Yali mit Sitz in Jayapura möglichst bald die offizielle Bildung einer Stammesvertretung organisieren. Dies wurde schon erfolgreich im Mamberamogebiet praktiziert, wo sich die Bevölkerung mit der Planung eines Staudamms und eines riesigen Industriegebietes konfrontiert sah. An diesem Fall hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, einen offiziellen Ansprechpartner für die Belange der betroffenen Bevölkerung zu haben, der in einem basisdemokratischen Prozess von allen Adatführern der betroffenen Stammesgruppen gewählt wurde.

Nach der Bestandsaufnahme der Grundprobleme der betroffenen Dörfer soll eine gemeinsame Position aller Gruppen der Bevölkerung wie Religionsgruppen, Frauen- und Jugendgruppen gefunden werden, die gegenüber BP vertreten wird. Weiterhin muss ein Büro eingerichtet werden, um auch den Informationsfluss aus der betroffenen Region zu sichern.

In einem weiteren Schritt soll dann eine NGO gegründet werden, die gerade die Umweltbelange bei der Realisierung des Projekts kritisch verfolgen soll.

Nur so kann erreicht werden, dass die Papua über die Folgen und sozialen Probleme des gigantischen Erdgasprojekts ausreichend informiert werden und in Selbstbestimmung ihre Vorstellungen von der Entwicklung der Dorfgemeinschaften gegenüber BP vertreten können.

Für alle NGOs in Europa, die die Papua in ihrem Kampf um die Wahrung der kulturellen, sozialen und ökologischen Menschenrechte im Sinne des Agendaprozesses unterstützen, bleibt die wichtige Aufgabe, BP in jedem Schritt bei der Umsetzung des Tangguh-Erdgasprojekts genau zu beobachten und den Konzernen an seinen umfangreichen Versprechungen zu messen. Dabei ist die Menschenrechtspolitik von BP sicher ein Weg, den Konzern auch hier in Europa zur Verantwortung zu ziehen.

